

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/2837 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 15. Dezember 1994 über
die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal

A. Problem

Das Übereinkommen soll den Schutz des von den Vereinten Nationen eingesetzten zivilen und militärischen Personals auf eine gesicherte rechtliche Grundlage stellen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz werden die Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal geschaffen.

Zustimmung aller Fraktionen bei Enthaltung der Gruppe der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 13/2837 –
unverändert anzunehmen.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Hornhues**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 71. Sitzung am 23. November 1995 den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/2837 dem Auswärtigen Ausschuß federführend sowie dem Rechtsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

II.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. September 1996 beraten und einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat die Drucksache 13/2837 in seiner Sitzung vom 25. September 1996 gutachtlich beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

III.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 46. Sitzung am 9. Oktober 1996 einstimmig bei Enthaltung der Gruppe der PDS dem Gesetzentwurf auf Drucksache 13/2837 zugestimmt.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Berichterstatter